

Freiburg hält weiter an Isfahan fest ☆

Von einer Städtepartnerschaft in schwierigen Zeiten: Im Herbst ist die Ausstellung "iran.com" geplant / Rückendeckung aus Berlin

Von unserem Redakteur Joachim Röderer

Trotz der sich zuspitzenden internationalen Krise um den Iran steht die Stadt Freiburg zu ihrer Partnerschaft mit Isfahan. Auf der kulturellen Ebene ist die groß angelegte Ausstellung "iran.com" in Planung. Im Herbst soll zeitgenössische Kunst aus dem Iran in Freiburg präsentiert werden. Auf dem Feld der Politik bleibt das Rathaus bei seiner Linie: An die Isfahan-Reise einer städtischen Delegation mit dem OB an der Spitze sei derzeit nicht zu denken.

"So eine Reise steht bei diesen Rahmenbedingungen nicht zur Debatte", sagte gestern Walter Preker, der Sprecher von Oberbürgermeister Dieter Salomon (Grüne). Der eigentlich für den vergangenen Oktober geplante Besuch des OB war wegen der israelfeindlichen Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad abgesagt worden. Die Ausstellung "iran.com" soll nun wie vereinbart stattfinden. Gestern berichtete der stellvertretende Leiter des städtischen Kulturamtes, Johannes Rühl, über den Besuch in Isfahan und Teheran zur Vorbereitung der verschiedenen Kultur-Aktionen. Rühl hatte auch ein Schreiben an den Isfahaner Bürgermeister überbracht, in dem Freiburgs OB der Partnerstadt zur Ernennung als "Kulturhauptstadt 2006 der arabischen Welt" gratulierte.

Dass gestern weder OB Salomon noch Kulturbürgermeister Ulrich von Kirchbach an dem Pressegespräch über die Reise der Kulturdelegation teilgenommen haben, sei nicht als Indiz zu werten, im Rathaus hänge man das Thema Isfahan tief. "Der Termin hat sich mit der wöchentlichen Dezernentenrunde überschritten", erklärte OB-Sprecher Preker.

Rückendeckung für ihre Haltung bekommt die Stadt aus dem Auswärtigen Amt in Berlin. Die Bundesregierung kämpfe für eine Verhandlungslösung im iranischen Atomkonflikt, sagte gestern Gernot Erler (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt und Freiburger Abgeordneter. Die EU und Deutschland wollten eine Selbstisolierung und internationale Ausgrenzung des Irans ausdrücklich verhindern. "Zu dieser Politik steht die Städtepartnerschaft in keinerlei Gegensatz - ganz im Gegenteil", so Erler.

"Wenn man Einfluss auf die Situation in einem Land nehmen will, dann muss man die bestehenden Kontakte nutzen", sagt auch Ruth Jüttner, die Iran-Expertin der deutschen Sektion von Amnesty International. Ihr Appell: Jede Gelegenheit wahrnehmen, um auf Fragen der Menschenrechte aufmerksam zu machen.

Unter anderem wegen der Missachtung der Menschenrechte fordert die Junge Union weiterhin die Trennung von Isfahan. Freiburg würde durch das Festhalten an der Partnerschaft ein Unrechtsregime stärken, so JU-Chef Daniel Sander. Allerdings steht die JU mit ihrer Forderung allein auf weiter Flur. Die CDU-Stadtratsfraktion begrüßt zwar, dass die Verbindung auf politischer Ebene ruht, ist aber gegen eine Kappung der Drähte in den Iran. "Das würde nur noch mehr Öl ins Feuer gießen", so CDU-Stadtrat Conrad Schroeder.

Münstereck, Seite 23

Die Vorteile überwiegen ☆

Partnerschaft auf schmalen Grät

Bürger- und Schülerreisen, Kulturaustausch, dazu die Kontakte der Universitäten - der Rektor will demnächst zum zweiten Mal nach Isfahan reisen: Die Partnerschaft zwischen Freiburg und Isfahan, die erste und einzige Verbindung zwischen einer deutschen und einer iranischen Stadt, ist in ihren ersten fünf Jahren eine Erfolgsgeschichte gewesen. Erst die aggressive Politik des neuen Präsidenten hat diese ungewöhnliche Städtefreundschaft zu einer ungewöhnlich schwierigen werden lassen. Für die Freiburger bedeutet sie eine Gratwanderung. Bisher hat die Stadt sie gemeistert. Die Zeiten sind natürlich vorbei, in denen sich die Isfahan-Besucher allein vom Zauber der Moscheen und Brücken der arabischen Kulturhauptstadt 2006 in den Bann schlagen lassen konnten. Allerdings konnten Delegationen auch kritische Themen in Isfahan ansprechen, wie zuletzt die Freiburger Juristen, die jüngst an einer Menschenrechtskonferenz teilgenommen hatten. Die Stadt Freiburg liegt im Moment mit allen auf einer Linie, die etwas von der Materie verstehen. Mit dem Auswärtigen Amt, dem Botschafter im Iran, mit Amnesty International. Die sagen übereinstimmend: Wenn Freiburg jetzt den Dialog abbricht, schadet dies den Reformkräften mehr als den Machthabern. Das ist letztlich das entscheidende Argument dafür, den Weg auf schmalen Grät weiterzugehen.

Joachim Röderer

Kunst aus dem Iran in Freiburg ☆

Ausstellung im Herbst

Das Freiburger Museum für Neue Kunst wird im Oktober Gegenwartskunst aus dem Iran zeigen. Unter dem Titel "iran.com" werden 15 Künstler eingeladen. Die Schau soll sich, so Kuratorin Nicoletta Torcelli gestern, auf Kunst konzentrieren, welche die gesellschaftliche Realität im Iran in ihrer Widersprüchlichkeit widerspiegelt. Die Ausstellung wird organisiert im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Isfahan, die derzeit unter politischen Druck steht. Auf "kultureller Ebene" werde sie weitergeführt, wie der stellvertretende Kulturamtsleiter Johannes Rühl gestern sagte. Er stellte weitere Projekte vor, die realisiert werden sollen. Zum "LirumLarumLesefest" ist eine Ausstellung mit Werken einer iranischen Illustratorin geplant, im Kommunalen Kino wird es eine Filmreihe geben, im L6 wird eine weitere Ausstellung laufen. Im Gegenzug zu den Freiburger Projekten wird, wie jetzt feststeht, die Inszenierung von "Jugend ohne Gott", die Dieter Kümmel, Leiter des Theaters im Marienbad, erstellt hat, nach Isfahan eingeladen.

tst

“Es bräuchte mehr Partnerschaften” ☆

BZ-INTERVIEW mit Staatsminister Gernot Erler (SPD) über Freiburg und die Krise um den Iran



Gernot Erler (FOTO: RITA EGGSTEIN)

Der Druck auf die Städtepartnerschaft von Freiburg und Isfahan wächst. In den vergangenen Tagen hat unter anderem Spiegel online den Freiburgern unverblümt einen blauäugigen Umgang mit der “Partnerstadt mit dem Atomproblem” (taz) vorgeworfen. Wie soll die Stadt Freiburg sich verhalten? Darüber hat sich Joachim Röderer gestern mit Staatsminister Gernot Erler (SPD) unterhalten.

BZ: Herr Erler, macht Freiburg in puncto Isfahan zu sehr auf heile Welt und blendet die Realitäten aus, wie es jetzt Spiegel online offen unterstellte?

Gernot Erler: Der Artikel ist schlecht recherchiert! Die Uranium Conversion Facility (UCF) in der Nähe von Isfahan betreibt keine Anreicherung, sondern konvertiert Uranerz zu Uranhexafluorid, ein Ausgangsstoff für die Anreicherung. Als die Suspension der UCF am 10. August 2005 einseitig von Teheran unterbrochen wurde, haben die Europäer ihr Verhandlungsangebot weiter aufrecht erhalten. Erst als in Natanz ab 10. Januar 2006 wieder Anreicherungs-Aktivitäten aufgenommen wurden, mussten Deutschland, Frankreich und Großbritannien feststellen, dass damit die Basis für weitere Gespräche nicht mehr gegeben war. Die UCF ist Teil des iranischen Atomprogramms, bei dem die Stadt Isfahan keinerlei Mitspracherecht hat.

BZ: Der Vorwurf der Jungen Union Freiburg lautet: Freiburg konterkarierte mit dem Festhalten an der Städtepartnerschaft die Bemühungen der Bundesregierung?

Erler: Die Bundesregierung kämpft für eine Verhandlungslösung im iranischen Atomkonflikt - nicht ohne Erfolg, wie die russische und chinesische Zustimmung zur Berichterstattung an den UN-Sicherheitsrat und der Beschluss der IAEO-Gouverneursrats vom vergangenen Samstag zeigen. Die EU und Deutschland wollen eine Selbstisolierung und internationale Ausgrenzung des Iran ausdrücklich verhindern. Zu dieser Politik steht die Städtepartnerschaft Freiburg-Isfahan in keinerlei Gegensatz - im Gegenteil. Mehr Städtepartnerschaften würden es der Regierung Ahmadinedschad sogar eher erschweren,

ihren mit vielen Fehlinformationen gesteuerten Konfliktkurs fortzuführen.

BZ: Trotzdem: Macht die Städtepartnerschaft unter gegebenen schwierigen Umständen überhaupt noch einen Sinn?

Erler: Städtepartnerschaften sind auf Dauer angelegt - auch wenn sie sich von der Tagespolitik nicht völlig freimachen können. Kein Mensch wäre auf die Idee gekommen, die vielen guten Kontakte der Partnerschaft Freiburg - Lviv/Lemberg in Frage zu stellen, als der damalige Präsident der Ukraine mit dem Vorwurf konfrontiert war, in den Mord an dem kritischen Journalisten Gongadze verwickelt zu sein. Es war völlig richtig, dass OB Dieter Salomon seine geplante Reise nach den völlig inakzeptablen Israel-Äußerungen des iranischen Präsidenten abgesagt hat. Neue Provokationen von Ahmadinedschad lassen befürchten, dass die Reise so schnell auch nicht nachgeholt werden kann. Aber der Grundgedanke der Städtepartnerschaft, Zivilgesellschaft und Bürgerinnen und Bürger beider Länder mehr übereinander erfahren und lernen zu lassen, wird dadurch nicht ausgehebelt. Für diese Ziele werden auch wieder bessere Rahmenbedingungen kommen. Das weiß auch die Junge Union, weshalb sie mit ihren Don-Quichotte-Ritern gegen die Städtepartnerschaft mit Isfahan zwar Aufsehen erregt, aber einsam bleibt.